



Liberaler Gesetze nützen vor allem den Freieren



Andrea Gisler

Andrea Gisler ist Präsidentin der Zürcher Frauenzentrale. Die Organisation unterstützt und vertritt die Anliegen von Frauen in Politik, Beruf, Bildung und Familie.

Samstag, 23. November 2013 23:27

Die Nachricht: Der Bundesrat soll ein Verbot des käuflichen Sex prüfen, verlangen zahlreiche Parlamentarier.

Der Kommentar: Die Welt ist nicht immer so, wie man sie gerne hätte. Statt den Tatsachen ins Auge zu sehen, biegen manche die Realität zurecht, bis sie ins eigene Bild passt. Beispielhaft zeigt sich dies bei der Prostitution. Die Prostitution wird in der Schweiz zu einem normalen Beruf verklärt und das Sexmilieu mit seinen negativen Begleiterscheinungen schöngeredet. Wird das Elend allzu sichtbar und das schöne Stadtbild gestört, werden die Prostituierten kurzerhand an den Stadtrand gezügelt, wie dies die Stadt Zürich vor kurzem mit der Eröffnung des Strichplatzes gemacht hat. Seither leben die Freier ihre sexuellen Vorlieben in staatlich geordneten Bahnen in Verrichtungsboxen aus.

Viele finden die Prostitution zwar nicht wünschenswert, halten sie aber für unvermeidbar. Es gab und wird immer Menschen geben, die sich sexuelle Dienstleistungen erkaufen. Das hindert eine Gesellschaft aber nicht daran, ein bestimmtes Verhalten zu ächten oder zu bestrafen. Es käme niemandem in den Sinn, Tötungen zu legalisieren, weil trotz Verbot Menschen umgebracht werden.

Mit dem freien Personenverkehr hat sich die Situation im Sexgewerbe grundlegend

verändert. Junge, oft ungebildete und sozial benachteiligte Frauen aus den Armutsgebieten Europas kommen seither in die Schweiz, um sich zu prostituieren. Das Angebot ist gross, was nach den Regeln des Marktes dazu führt, dass der Nachfrager den Preis und die Sexualpraktiken bestimmt. Es ist eine Illusion, dass hier Geschäfte auf Augenhöhe abgewickelt werden. Eine Mitarbeiterin einer ungarischen Hilfsorganisation äusserte kürzlich ihr Unverständnis über die Haltung der Schweizer Behörden. Sie könne nicht verstehen, dass die Frauen behandelt würden, als seien sie eigenständige Unternehmerinnen. Irgendwo sei immer ein Zuhälter und das werde stets so bleiben.

Prostitution ist ein einträgliches Geschäft. Laut Schätzungen werden mit der Prostitution in der Schweiz jährlich 3,2 Milliarden Franken umgesetzt. Für Zuhälter und Menschenhändler ist die Schweiz ein attraktives Zielland. Es lassen sich hohe Gewinne realisieren und das Risiko einer Verurteilung ist gering. Befürworter der Prostitution weisen stets darauf hin, dass zwischen Prostitution und Menschenhandel zu unterscheiden sei. Als ob sich in einem globalisierten Markt eine klare Grenze zwischen Prostitution und Zwangsprostitution ziehen liesse. Die Übergänge sind fließend. Viele Prostituierte haben in ihrer Kindheit Gewalt erlebt, sie leiden überdurchschnittlich an Angststörungen und Depressionen und können den Alltag oft nur mit Alkohol oder unter Drogeneinfluss bewältigen.

Die liberale Gesetzgebung und die gesellschaftliche Akzeptanz der Prostitution nützen in erster Linie den Freiern, den Zuhältern und den Menschenhändlern, nicht aber den Prostituierten. Die Regulierungen, die in mehreren Kantonen eingeführt wurden, dienen nicht dem Schutz der Frauen. Es geht in erster Linie um die Bedürfnisse der Freier. Sexualität wird als Grundbedürfnis verstanden, und der Staat stellt bereitwillig die Rahmenbedingungen zur Verfügung. Dies ist Ausdruck unserer Konsumgesellschaft, in der alles käuflich ist, auch Frauen. Dieses Bild macht sich in den Köpfen breit. Es ist vom Ideal einer modernen, gleichberechtigten Gesellschaft weit entfernt. Wer geltend macht, die Prostituierten würden nicht sich, sondern nur eine Dienstleistung verkaufen, sollte einmal einschlägige Internetforen besuchen. Die Prostituierten werden dort wie Waren bewertet, in kaum zu überbietender Menschenverachtung.

Schweden, das in Sachen Gleichstellung zu den fortschrittlichen Ländern gehört, geht einen andern Weg. Männer werden bestraft, wenn sie zu Prostituierten gehen. Nach anfänglicher Skepsis steht heute eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung hinter diesem Gesetz. Die Zahl der Freier und der Menschenhandel haben abgenommen. Kritiker bemängeln, das Sexgewerbe sei in Schweden zum Nachteil der Frauen in die

Illegalität abgedriftet. Das trifft teilweise sicher zu. Falsch ist aber, dass die Prostituierten in Staaten mit liberaler Gesetzgebung besser geschützt sind. Weder Kantone noch Beratungsstellen sind in der Lage, in den Dutzenden von Bordellen für akzeptable Bedingungen zu sorgen.

Die gesellschaftspolitische Debatte zur Prostitution ist überfällig. Viele haben sich bis jetzt davor gescheut, um nicht als verklemmt oder spiessig dazustehen. Es geht aber nicht um Moral. Es geht um Menschenwürde.